Die ungarischen Gewalttaten im Burgenland

Oesterreichischer Protest beim Obersten Rat.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 29. August.

Oedenburg ist noch immer von Insurgenten belagert. Die Stadt ist vom Verkehr vollkommen abgeschnitten. Die Eisenbahnstrecken sind vollständig aufgerissen. Der Kommandant der Insurgenten, Oberleutnant Hejas, hat eine Proklamation erlassen, nach welcher sich alle Männer unter 45 Jahren bei ihm zu melden haben. Der künftige österreichische Landesverweser von Westungarn, Dr. David, mußte aus Oedenburg flüchten. Er wurde wiederholt unter lebensgefährlichen Drohungen angehalten. Es war sowohl der Entente wie der ungarischen Regierung bekannt, daß der „Verein der erwachenden Ungarn" in Budapest und in der ungarischen Provinz eine wilde Agitation gegen Oesterreich trieb und offen forderte, bewaffneten Widerstand gegen die Uebergabe Westungarns zu leisten. Die Ankunft von Führern bewaffneter Banden in Westungarn wurde in den ungarischen Blättern wiederholt angekündigt, und die Vertreter Oesterreichs, die in Westungarn die Uebergabe des Landes vorbereitet hatten, waren sich der Gefahr bewußt, welche diese ungarische Agitation bedeutete. Sie machten die interalliierte Kommission in Oesterreich wiederholt auf das Erscheinen der lästigen Gesellschaft aufmerksam, welche in den letzten Tagen in Westungarn eingetroffen war. Sie fanden aber bei der Entente kein Gehör, und ungehindert konnte der bewaffnete Widerstand organisiert werden.

Die österreichische Regierung hat an die Botschafterkonferenz in Paris eine Note gerichtet, in welcher sie gegen diese Vorgehen protestiert und die Entsendung von interalliierten Truppen verlangt. Im östlichen Teil des Burgenlandes findet der Vormarsch der österreichischen Banden keinen Widerstand.

1. Wien, 29. August.

Die Besetzung Oedenburgs durch die Terrortruppen Prozaghs Hejas-Oedenburgs ist zweifellos mit Billigung der ungarischen Regierung erfolgt. Das beweist das folgende offizielle ungarische Communiqué, das diesem Unternehmen die politischen und diplomatischen Grundlagen schaffen soll:

Die militärische Räumung Westungarns ist mit dem heutigen Tag vollständig beendet. Das Zurückziehen der Gendarmerie und der Zollwache aus der zweiten, kleineren Zone wird jedoch vorläufig in der Schwebe gelassen. Die ungarische Regierung ist wohl fest entschlossen zur Durchführung der Bestimmungen des Trianoner Friedens, indes der am 2. August gefaßte Beschluß des österreichischen auswärtigen Ausschusses bietet, wiewohl er als Verhandlungsgrundlage im Prinzip annehmbar erscheine, keinerlei Bürgschaften hinsichtlich der Berücksichtigung der von ungarischer Seite erhobenen Forderungen, so namentlich nicht die Erfüllung jener wesentlichen Forderungen materieller Natur, welche den österreichischen Staat infolge der Räumung unzweifelhaft belasten werden. Die von der Gendarmerie und der Zollwache provisorisch noch besetzt gehaltene Linie verläuft über Lajta, Koertvelyes, Zurany, Podersdorf, Medyhes, Brennberg, Szabadbarand, Langato, Felsoepulya, Varoßazonlak, Ghepuefuezes. Im übrigen kann festgestellt werden, daß auch die Räumung des von den Serben besetzt gehaltenen Gebietes noch nicht vollständig beendet worden ist.

Die Wiesbadener Uebereinkünfte.

Befriedigung in Paris. — Eine weitere Konferenz geplant.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 29. August.

Im Vordergrund des Interesses steht das Wiesbadener Abkommen. Ueber seinen Inhalt werden allerlei Einzelheiten gemeldet, die sich vollständig mit den Sonnabendveröffentlichungen des „Temps" decken. Der „Petit Parisien" erfährt noch, daß die von Frankreich an Deutschland für Lieferungen gestundete Summe nur mit 5 Prozent verzinst werde, ein ab 1937 etwa noch verbleibender Rest mit Zinsfreiheit, und daß Frankreich die Bestellungen in Höhe von 7 Milliarden Goldmark innerhalb des Zeitraumes vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 machen kann, nicht, wie es zuerst im Entwurf hieß, bis zum 1. Mai 1925.

Die Stellungnahme der Presse, soweit sie nicht in Opposition zur Regierung steht, kann nach den Aeußerungen Loucheurs den französischen Korrespondenten in Wiesbaden gegenüber nicht zweifelhaft sein. Loucheur erklärte am Sonnabend abend, nachdem er einen Ueberblick über die Verhandlungen gegeben hatte, auf eine Frage, ob er zufrieden sei: „Sehr." Rathenau sei voll guten Willens gewesen. „Wir sind gleich zu dem grundsätzlichen Abkommen gelangt. Die Frage der Lieferungen in natura ist vollständig geregelt. Von beiden Seiten sind wirkliche Anstrengungen gemacht worden, um eine befriedigende Lösung zu erzielen." Für die Erledigung des Zusatzprotokolls „Forfaits" werde wahrscheinlich noch eine Konferenz notwendig sein.

Unverkennbar bei der Presse ist eine gewisse Zurückhaltung bei der Urteilsäußerung, die durch die Nachricht von der Ermordung Erzbergers verursacht wird. Nur ein Blatt gibt offen seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Ratifikation des Abkommens in Deutschland durch entschiedenen Widerstand der nationalistischen Partei zunichte gemacht werde (?!), so daß das Abkommen dadurch vielleicht gefährdet sei. Allenthalben werde anerkannt, daß Rathenau den festen Willen gezeigt habe, die bestehenden Gegensätze auszugleichen. Der Grundton der Beurteilung ist: Das Abkommen ist für beide Teile günstig, sowohl für Deutschland als auch für Frankreich. Im einzelnen bemerkt Marcel Ray im „Petit Parisien" etwas überschwänglich: „Es ist schon heute sehr wahrscheinlich, daß der Tag, an dem das Wiesbadener Abkommen in Kraft treten wird, später als Datum des wahren Friedens zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet werden wird. Was man besonders betonen muß, ist, daß das Wiesbadener Abkommen den raschen Aufbau unserer zerstörten Departements innerhalb einiger Jahre möglich macht." Philipp Millet sagt im „Petit Parisien": Zum ersten Male seit dem Friedensschluß haben Vertreter Deutschlands und Frankreichs mit einander geplaudert und sind zu einer Lösung gekommen, deren Folgen von selbst sich zeigen werden, wenn beide Länder verständig genug sind, sie nicht zu zerstören."

Auch von der heutigen Morgenpresse wird das Wiesbadener Abkommen günstig aufgenommen. Der „Gaulois" sagt, Lieferungen in natura seien von unzweifelhaftem Wert und Versprechungen jedenfalls vorzuziehen. Der „Figaro" sagt: „Das Abkommen ist eines der interessantesten, und wir wünschen nur, daß es recht bald wirksam werde. Insbesondere wünschen wir, daß die Ereignisse, die in Deutschland eintreten werden, aus diesem geistreichen Bau nicht einen Fetzen Papier machen." Die „Lanterne" hebt die großen Vorteile hervor, die das direkte Verhandeln ergeben hat. Solange man mit Kommissionen und Unterkommissionen verhandelt habe, habe man zu keinem Ergebnis kommen können, während es dieses Mal verhältnismäßig glatt gegangen sei. Die „Ere Nouvelle" hebt besonders die Vorteile hervor, die Deutschland in dem Abkommen habe. Die Industrie werde genau bezeichnete Vorteile darin finden, und das deutsche Volk, das die Idee einer Bezahlung in bar schwer aufnehmen konnte, könne ebenfalls nur zustimmen. Natürlich würden die Alldeutschen Wehrufe ausstoßen, aber man müsse hoffen, daß das Ministerium Wirth seinen Willen durchzusetzen wissen werde, besonders in dem Augenblick, wo die Ereignisse angesichts der Drohung der Reaktion einen energischen Ruck nach links zu nehmen scheinen.

„Homme Libre" sagt, Deutschland arbeite jetzt direkt an dem Wiederaufbau der Gebiete, die es zerstört habe, und Frankreich werde nicht alles verloren haben. Diese doppelte Feststellung müsse man bei objektiver Beurteilung machen. Man werde zweifellos Loucheur vorwerfen, daß er zu weit zurückgegangen sei, er werde das aber zu verteidigen wissen. In dieser Stunde handle es sich nicht darum, zu richten! „Nehmen wir Notiz von einem Abkommen, das den Grundsatz der Reparation aufrecht erhält und das uns endlich hoffen läßt, daß vielleicht ein Tag kommen wird, wo man sich sogar mit deutschen Ministern wird verständigen können, wenn sie bis dahin nicht ermattet sind." Bainville in der „Action Française" meint ganz richtig, daß die zuständigen Beurteiler des Abkommens die Bewohner der verwüsteten Gebiete seien. Wenn sie anerkennen, daß das Abkommen vorteilhaft für sie sei, insofern es sich glatt abwickeln läßt, so werde das immerhin etwas sein. Die Arbeiterblätter begrüßen das Abkommen ohne Vorbehalt. Grumbach im „Populair" meint, die Sozialisten würden sich über die Ergebnisse freuen können, zu der die Besprechungen zwischen Loucheur und Rathenau geführt hätten. Die Sozialisten, die in der Reparationsarbeit zu gleicher Zeit ein machtvolles Mittel sehen, die häßlichen Erinnerungen an den Krieg auszulöschen und einen Einklang zwischen den Völkern zu erleichtern, würden ihre Genugtuung nicht verbergen, wenn das Wiesbadener Abkommen endlich die praktische Durchführung des Wiederaufbauwerkes gestatten würde. Jouhaux im „Peuple" meint, man dürfe nicht verkennen, daß die Durchführung des Wiesbadener Abkommens auf Widerstände stoßen würde, die noch nicht überwunden seien. Es werde jetzt die Aufgabe der französischen Arbeiterorganisationen sein, ihre Anstrengungen zu Ende zu führen und zusammen mit den deutschen Arbeiterorganisationen die ersten Ergebnisse, die man heute verzeichnen könne, dem Frieden Europas nutzbar zu machen.

*

Bei den Beratungen in Wiesbaden ist, wie auch von dem Vertreter des Pariser „Journal" als Ergebnis seiner Besprechungen mit Loucheur ausdrücklich festgestellt wurde, vereinbart worden, zunächst keinerlei Text über die Verhandlungen zu veröffentlichen. Auf welche Weise dem „Temps" der von ihm veröffentlichte Wortlaut zugegangen ist, entzieht sich der Kenntnis der deutschen amtlichen Stellen.

Zu dem Bericht selbst kann bemerkt werden, daß er, insoweit er die Paragraphierung des Abkommens über Sachlieferungen mit seinem Anhang betrifft, einen unvollständigen und deshalb unklaren Auszug des Abkommens darstellt und auch einige unrichtige Mitteilungen enthält. Insbesondere ist eine **endgültige Einigung über die Zahl der zu liefernden Eisenbahnwagen und der Restitutionspferde bisher noch nicht getroffen worden.**

Die gestrige Völkerbundssitzung.

Entscheidung über Oberschlesien erst in 4 bis 5 Wochen?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

s. Genf, 29. August.

Die erste Sitzung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage hat gezeigt, daß man kaum mit einer raschen Entscheidung wird rechnen können. Es gewinnt den Anschein, als ob **der Völkerbundsrat seine Entscheidung bis nach der Tagung des Plenums Ende September oder Anfang Oktober hinausschieben wird. Ein Appell an die Plenarsitzung scheint aber nicht in Frage zu kommen.**

Die heutige Sitzung hatte einen rein formalen Charakter und dauerte eine halbe Stunde. Sie wurde vom Vorsitzenden, dem Grafen Ishii, um 4¼ Uhr im Palais der Nationen eröffnet. Sie war nicht öffentlich. Nur die Privatsekretäre und Delegierten und einige hohe Beamte des Völkerbundes wohnten ihr bei, doch konnte man durch die Glastüren wenigstens mit den Augen dem Vorgang folgen. Auf der rechten Seite des traditionellen grünen Tisches saßen Bourgeois (Frankreich), Ferraris (Italien), Quinones de Leon (Spanien), Wellington Koo (China). Auf der linken Seite saßen der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Erik Drummond, Balfour (England), Hymans (Belgien), Da Cunha (Brasilien).

Graf Ishii gab in seinem Referat, ohne auf das oberschlesische Problem selbst einzugehen, eine knappe Darlegung des Ersuchens des Obersten Rates an den Völkerbundsrat und empfahl die Annahme des Auftrages: Obschon aus dem Völkerbundspakt keine Rechtsgrundlage für den Spruch des Rates in der oberschlesischen Frage abgeleitet werden könnte, habe der Rat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, das ihm übertragene Amt anzunehmen, besonders nachdem Briand in seiner Note vom 24. August erneut daran erinnert habe, daß alle Vertreter im Obersten Rat sich bereit erklärt hätten, die Lösung anzunehmen, die der Völkerbundsrat empfehlen wird. Ueber das Vorgehen, das der Rat nun einschlagen soll, äußerte Ishii keine Meinung. Es scheint ihm nur klar, daß nach dem Wortlaut des Vertrages **keine bestimmte Lösung vorgeschrieben oder ausgeschlossen sei. Das Ergebnis der Volksabstimmung sei leider nicht derart gewesen, daß man nur nach dem Willen der Bevölkerung entscheiden könne und auch aus der geographischen und wirtschaftlichen Lage ließe sich nicht mit Bestimmtheit eine Grenzlinie ableiten. (?)** Deutsche Industriestädte seien von polnischen Landgemeinden umgeben und der Rohstoffe wegen von abgelegeneren Gebieten abhängig. Deshalb müsse zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und dem Willen der Bevölkerung ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden.

Paris, 29. August. (W. T. B.)

Amtlich wird aus Genf gemeldet: Die **nächste Sitzung** des Völkerbundsrates findet am **1. September**, nachmittags, statt.

Letzte Nachrichten

* **Das Urteil im Prozeß Jeannin.** In später Abendstunde wurde gestern von dem Gerichtshof der zweiten Ferienstrafkammer beim Landgericht III das Urteil gegen den angeklagten ehemaligen Flieger Jeannin und seine Geliebte Margot Hahn gefällt. Nachdem die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den ganzen Tag gedauert hatte, beantragte der Staatsanwalt gegen Jeannin 3 Jahre, 6 Monate Zuchthaus und gegen die Mitangeklagte ein Jahr Gefängnis. Nach den Plaidoyers der Verteidiger zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Urteil lautete gegen Jeannin auf 3 Jahre, 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, wovon drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden, gegen Margot Hahn auf 6 Monate Gefängnis und Strafaufschub bei einer Bewährungsfrist von drei Jahren.

* Die Frau, deren **zerstückelter Körper,** wie berichtet, am Elbestrand bei Nienstedten gefunden wurde, ist, nach einer Meldung unseres Hamburger Korrespondenten, als die des Hafenarbeiters Freundt festgestellt worden. Die Frau hatte mit dem Arzt Dr. med. K. F., der an ihr eine **Operation** vorgenommen hatte, enge Beziehungen und hing sehr an ihm, obwohl er sich ihrer offenbar entledigen wollte. Anscheinend hat er sie **gewaltsam beseitigt.** Dr. F. hatte seine Wohnung und sein Bureau seit der Auffindung der Leiche nicht mehr betreten. Die Polizei forscht nach dem Aufenthaltsort des verschwundenen Arztes.

Paris, 29. August. (Ltd. Tel.) Wie mitgeteilt wird, ist die **Zahlung der zweiten Goldmilliarde durch Deutschland zum größten Teil erfolgt** und wird morgen voll an das Reparationskomitee gezahlt sein.

Amerikanisch-japanische Einigung in der Japfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 29. August.

Laut „Morningpost" ist zwischen Amerika und Japan eine Einigung zustande gekommen bezüglich der Insel Jap, in welcher sämtliche Einwände, die die Vereinigten Staaten bis jetzt gegen das Mandat Japans auf die Insel Jap vorzubringen konnten, völlig aus dem Wege geschaffen worden seien. Bisher hat Harding gegen die Zuteilung der Insel an Japan protestiert, weil er fürchtete, daß Amerikas Interesse und besonders die freie Benutzung des Kabels Jap—Guap dadurch gefährdet werden könnte. Japan hat jetzt eine Neuregelung vorgeschlagen, welche darauf hinzielt, daß die Insel nicht, wie Hording verlangte, internationalisiert werden soll, sondern daß Amerika völlig freie Benutzung der Kabelverbindungen zugestanden erhält, besonders der Kabel Guap — Jap, sowie das Recht, auf der Insel diejenigen Gebäude zu errichten, welche für die Benutzung der Kabel notwendig sind. Diese Abmachung bedeutet, daß Japan die Verwaltung der Insel und Amerika die Kabel erhält.

Römische Gespensterseher.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 29. August.

Der deutschen Botschaft in Rom ist es mit erfreulicher Promptheit gelungen, ein gegen Deutschland gerichtetes Lügenmanöver gleich in der Entwickelung zu ersticken. Die „Idea Nazionale" hatte den Feldzug gegen einen angeblichen deutschen Plan zur wirtschaftlichen Eroberung Italiens unter Erstickung der italienischen Industrie (!) eröffnet. Zu diesem Zweck mußte ein nach bestem Kriegsmuster angefertigtes, zwei Spalten langes Dokument herhalten. Ein von der deutschen Botschaft in Rom an den Außenminister in Berlin gerichteter Geheimbericht, in dem es von gefährlichen Namen und Kombinationen, wie Krupp und Montangesellschaft, Stinnes — Fiat, Deutsche Bank — Banca Commerciale, Schimmelpfeng — Volpi, nur so wimmelte. Der Brief trug die Unterschrift eines „Handelsministers Strohefer". Naturgemäß erregte dieses Dokument in allen Handels- und politischen Kreisen gewaltiges Aufsehen. Die deutsche Botschaft konnte jedoch schon am nächsten Tage durch die Agentur Stefani mitteilen, daß es sich vom ersten bis zum letzten Wort um eine grobe Fälschung handelte, wie schon Aktennummer, Unterschrift und der ganze Stil beweisen. Damit sind alle an den vermeintlichen deutschen „Eroberungsplan" geknüpften Kommentare hinfällig geworden.

Ermordung des Bürgermeisters von Lipine.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

▲ **Kattowitz**, 29. August.

Eine neue Kette von Bluttaten scheint in Oberschlesien beginnen zu sollen. Nachdem von verbrecherischem Gesindel in letzter Zeit wiederholt deutsche Persönlichkeiten mit Drohungen, Mißhandlungen usw. überschüttet worden waren, ist am Montag früh eine schon lange ausgestoßene Drohung gegen den deutschen Bürgermeister von Lipine, Kreis Beuthen, Dr. Rösner, zur Tat geworden. Dr. Rösner wurde, als er in den frühen Morgenstunden von einem Besuch in seine Wohnung heimkehren wollte, von drei Männern angehalten und um Feuer gebeten. Der Bürgermeister entsprach diesem Wunsch und ging dann weiter. Er wurde dann von den Männern andauernd verfolgt und, als er im Begriff war, seine Wohnung zu öffnen, durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Letzte Funk-Telegramme.

Nachdruck verboten.

* **New-York**, 29. August. (Per Kabel via London.) Tägliches Geld 4½ (Not. v. 27. 8.: nom.), Wechsel auf London (Cable Transf.) 3,70,25 (3,69,87), 60 Tage 3,66,25 (3,65,12), Paris 7,77 (7,75), Amsterdam — (31,14), **Berlin Schlußkurs 1,15** (1,14¼), höchster Kurs — (1,15), niedrigster Kurs — (1,13), Silber, ausländisches 62¾ (62), inländisches 99¼ (99¼), Kaffee loko 7¹/₁₆ (—), per September 6,68 (—), per Dezember 7,08 (—), per März 7,45 (—), per Mai 7,64 (—), per Juli 7,82 (—), Baumwolle loko 16,05 (15,60), per August — (—), per September 15,85 (15,44), per Oktober 16,00 (15,60), per November 16,18 (15,79), per Dezember 16,35 (15,98), Baumwollzufuhren in Atl. u. Golfhäfen 13 000 (12 000), Elektrolytkupfer loko 11¾ (11⅝), Zinn loko 26,25 (26,00), Blei loko 4,40 (4,40), Zink 4,17 (4,17), Eisen 20,50 (20,50), Weissblech 4,75 (4,75), Schmalz prime Western — (12,22½), Talg 6¼ (6¼), Baumwollsaatöl loko 8,80 (8,60), per September 8,65 (8,65), Petroleum in Cases 17,50 (17,50), in Tanks 6,90 (6,90), Standard white 13,00 (13,00), Credit balances 2,25 (2,25), Zucker Zentrifugal 4,61 (4,50 bis 4,86), Terpentin 65 (66). Savannah-Terpentin 59 (59).

* **New-York**, 29. August. (Per Kabel via London.) Weizen Rotwinter loko — (Not. v. 27. 8.: 136½), Hartwinter loko — (137½), Mais loko — (70), Mehl spring wheat clears 6,90—6,75 (6,90—6,75). Getreidefracht n. England 5 sh. (5 sh.), n. d. Kontinent 22 c. (22 c.).

* **Chicago**, 29. August. (Per Kabel via London.) Weizen per September 121½ (121), per Dezember 123¼ (122⅝), Mais per September 54⅝ (54⅝), per Dezember 54¼ (548), Hafer per September 44⅝ (44⅝), per Dezember 38¼ (38¼), Roggen per September — (103¾), per Dezember — (104¾), Schmalz per September 11,50 (11,25), per Oktober 11,62½ (11,37½), Pork per September 17,10 (17,10), Rippen per September 9,10 (9,20), Speck, niedr. Preis 9,00 (9,25), höchster Preis 10,50 (10,50), leichte Schweine, niedr. Preis 9,60 (9,50), höchster Preis 10,10 (9,90), schwere Schweine, niedr. Preis 8,50 (8,40), höchster Preis 9,75 (9,50), Schweinezufuhr in Chicago 32 000 (4000), im Westen 75 000 (24 000).

Hierzu die Illustrierte Wochenschrift „Moden-Spiegel" Nr. 9.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: i. V. Fritz Babicke-Berlin; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Hierzu 3 Beiblätter.